

FREIBERUFLER-TICKER vom 11. August 2023

1. Jobportal bietet kostenfreie Möglichkeit der Jobvermittlung

Das Jobportal www.freieberufe-jobportal.de des BFB, das im Mai 2022 insbesondere für ukrainische Geflüchtete lanciert wurde, ist im Juni 2023 in Kooperation mit dem Bundesverband Deutscher Unternehmensberatungen (BDU) zu einem allgemeinen Jobportal für die Freien Berufe erweitert worden. Nun bietet es, speziell und exklusiv als Jobportal für die Freien Berufe, Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern die Möglichkeit, dort kostenfrei, schnell und direkt offene Stellen, darunter Vollzeit- und Teilzeitjobs sowie Ausbildungs- und Praktikumsplätze, zu inserieren. Im Hinblick auf den Fachkräftemangel in den Freien Berufen setzen BFB und BDU in ihrer Kooperation gezielt einen strategischen Schritt, um bestmögliche Ergebnisse und Bedingungen in den Freien Berufen zu schaffen. Weiterhin soll mit dem Jobportal mit Blick auf das Gemeinwohl die Verbindung zwischen Arbeitssuchenden und Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern bei den Freien Berufen gefördert werden. Stellenanzeigen können [hier](#) unkompliziert und gratis aufgegeben werden.

2. Arbeitsmarktintegration ukrainischer Geflüchteter

Ergebnisse der zweiten Welle der [IAB-BiB/FReDA-BAMF-SOEP-Befragung](#), veröffentlicht am 3. August 2023 vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), zeigen, dass durchschnittlich 18 Prozent aller erwerbsfähigen ukrainischen Geflüchteten im Frühjahr 2023 erwerbstätig waren. Dies bedeutet einen leichten Anstieg von einem Prozentpunkt im Vergleich zur ersten Befragungswelle im Herbst 2022. Ab einer Aufenthaltsdauer von zwölf Monaten steigt die Erwerbsquote deutlich – auf 28 Prozent. Fast 50 Prozent der erwerbstätigen ukrainischen Geflüchteten sind in Berufen tätig, für die sie formal überqualifiziert sind. Die durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste der vollzeitbeschäftigten ukrainischen Geflüchteten liegen mit 2.550 Euro wesentlich unter dem Durchschnittsverdienst aller Vollzeitbeschäftigten in Deutschland (3.516 Euro). Besonders hart sind Frauen und vor allem Mütter mit Kleinkindern hinsichtlich der Arbeitsmarktintegration betroffen. Grund dafür sei mitunter das strukturelle Problem der Kinderbetreuung, so das IAB.

3. Demografische Alterung verschärft Nachfolgeproblem im Mittelstand

Dies ist ein Ergebnis des KfW-[Gründungsmonitors](#), den die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) am 8. August 2023 vorstellte. Daraus geht hervor, dass der Nachfolgebefehl im Mittelstand größer wird, während die Zahl an potenziellen Nachfolgerinnen und Nachfolgern abnimmt. Sowohl die Entscheidung zu Gründen als auch die Frage, ob man dabei ein neues Unternehmen gründet oder ein bestehendes übernimmt, wird maßgeblich durch das Alter beeinflusst. Die meisten Existenzgründungen sind Neugründungen. Mit 86 Prozent erreicht ihr Anteil 2022 ein neues Allzeithoch. Existenzgründungen, die auf einem bereits bestehenden Unternehmen aufbauen, sind seit jeher seltener. So ist ihr Anteil in den letzten 20 Jahren von 30 auf 14 Prozent der jährlichen Existenzgründungen zurückgegangen. Hier zeigt sich jedoch, dass jüngere Gründerinnen und Gründer häufiger als Ältere bereit sind, auf bestehenden Unternehmen aufzubauen. 2022 waren es bei den unter 30-Jährigen mit 20 Prozent deutlich mehr als bei den Älteren mit zehn bis zwölf Prozent. Auch bei den Gründungsplanungen lässt sich dieser Trend in abgeschwächter Form beobachten. Gut ein Fünftel (21 Prozent) der geplanten Existenzgründungen sollen auf dem Weg einer Übernahme oder tätigen Beteiligung realisiert werden. Bei Gründungsplanerinnen und -planern unter 30 Jahren mit 24 Prozent etwas häufiger als bei Älteren mit 19 bis 21 Prozent. Auch wurde die Option bei Jüngeren unter 30 Jahren, die

eine Neugründung planen, deutlich häufiger (30 Prozent) als bei Älteren (18 bis 24 Prozent) überhaupt in Erwägung gezogen.

4. Umfrage für Solo-Selbstständige und Kleinunternehmerinnen und -unternehmer

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Selbstständigenverbände und der Verband der Gründer und Selbstständigen Deutschland führen derzeit zusammen mit dem Institut der deutschen Wirtschaft und unterstützt vom Bundesverband für selbständige Wissensarbeit sowie der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft eine [Onlinebefragung](#) durch. Ein Ziel ist es, realistische Statusfeststellungs-Kriterien zu ermitteln.

5. BIBB veröffentlicht Jahresbericht 2022

Das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) veröffentlichte am 10. August 2023 seinen [Jahresbericht 2022](#). Er informiert über die wichtigsten Entwicklungen in der beruflichen Aus- und Weiterbildung sowie über die Höhepunkte der Arbeit des BIBB im vergangenen Jahr. Ein Fazit: Der Ausbildungsmarkt verlor 2022 für junge Menschen trotz aller Bemühungen weiter an Attraktivität. Es steht laut BIBB zu befürchten, dass diese Entwicklung auch 2023 anhalten wird.

6. Rund 120 Millionen Euro für ÜBS

Aus einer [Pressemitteilung](#) des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) von Ende vergangener Woche geht hervor, dass das BMBF im Rahmen der Förderrichtlinie „Initiative für eine exzellente überbetriebliche Ausbildung“ Mittel in Höhe von rund 120 Millionen Euro bis 2027 zur Verfügung stellt. Ziel ist es, dass überbetriebliche Berufsbildungsstätten (ÜBS) moderner und digitaler werden. Die ÜBS sind neben den Unternehmen und den Berufsschulen ein dritter Schulungsort in der dualen Ausbildung. Sie helfen dabei, die Auszubildenden auf dem neuesten Stand der Anforderungen an ihren Beruf zu lehren. Die Auszubildenden erlernen in den ÜBS Kompetenzen für ihr späteres Berufsleben, die spezialisierte beziehungsweise kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) über ihren Betrieb nicht oder nicht vollständig abdecken können. Die ÜBS werden vom BMBF und vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz gefördert. Aufgrund der Digitalisierung stehen ÜBS heute vor einigen Herausforderungen. Digitale Technologien verändern die Arbeitswelt und müssen daher in Ausbildungskonzepte und -lehrgänge integriert werden. Auch das Lernen und Lehren wird digitaler. Neue Qualifizierungskonzepte für das ÜBS-Ausbildungspersonal sind also gefragt. Des Weiteren unterstützt das BMBF bei der Modernisierung von Ausstattung und Gebäuden. Die neue Förderrichtlinie richtet sich an alle Träger der ÜBS. Es können Konzeptideen eingereicht werden, mit denen ÜBS zu exzellenten Lernorten weiterentwickelt werden können. Ziel ist es, nicht nur die Ausbildung mit Blick auf KMU zu stärken, sondern auch einen weiteren Beitrag zur Fachkräftesicherung zu leisten.

7. Anstieg des durchschnittlichen BAföG-Förderbetrags

Das Statistische Bundesamt meldete Ende vergangener Woche in einer [Pressemitteilung](#), dass der durchschnittliche BAföG-Förderbetrag 2022 um fünf Prozent auf 592 Euro pro Monat stieg. Somit wuchs der Gesamtförderbetrag um 2,8 Prozent auf drei Milliarden Euro an. Von den 630.000 geförderten Personen waren 78 Prozent Studierende und 22 Prozent Schülerinnen und Schüler. Die Zahl der geförderten Studierenden stieg 2022 gegenüber dem Vorjahr um knapp fünf Prozent, während die der Schülerinnen und Schüler um neun Prozent sank. Im Durchschnitt erhielten Studierende monatlich 611 Euro (plus 32 Euro), Schülerinnen und Schüler 517 Euro (plus 13 Euro). Außerdem wuchs die Zahl der Vollgeförderten im Vergleich zum Vorjahr um 13 Prozent auf 56 Prozent, wohingegen die der Teilgeförderten um elf Prozent sank.

8. Jugendliche und Jobs mit Digital-Bezug

44 Prozent der Schülerinnen und Schüler können sich vorstellen, später in einem digitalen Berufsfeld zu arbeiten. Am häufigsten kommt dies für Gymnasiastinnen und Gymnasiasten infrage (48 Prozent), gefolgt von Schülerinnen und Schülern von Realschulen (41 Prozent), Integrierten Gesamtschulen (38 Prozent) und Hauptschulen (37 Prozent). Mädchen zeigen sich mit 40 Prozent ähnlich an Jobs mit Digitalbezug interessiert wie Jungen mit 47 Prozent. Das sind Ergebnisse einer Befragung unter Schülerinnen und Schülern in Deutschland zwischen 14 und 19 Jahren im Auftrag des Digitalverbands Bitkom, die Ende vergangener Woche [veröffentlicht](#) wurden.

9. Gebremster Digitalisierungsschwung

Mehr als jedes dritte kleine und mittlere Unternehmen (37 Prozent) in Deutschland bescheinigt sich eine „sehr hohe“ oder „hohe“ digitale Intensität. EU-weit geben dies lediglich 31 Prozent der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) an. Dagegen unterscheiden sich die Großunternehmen in Deutschland in ihrer digitalen Intensität kaum von ihren Pendants in der Europäischen Union. Diese Zahlen [veröffentlichte](#) das Institut für Mittelstandsforschung am 10. August 2023. Passend zu ihrer deutlich höheren digitalen Intensität sind in den Großunternehmen mehr Fachkräfte der Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) beschäftigt als in KMU. Dies gilt sowohl für Deutschland als auch EU-weit. Allerdings zeigen sich unter den KMU hierzulande Größenunterschiede: Während knapp jedes zweite mittelgroße Unternehmen (47 Prozent) in Deutschland Fachkräfte mit IKT-Kompetenzen beschäftigt, sind es unter den kleinen Unternehmen lediglich 15 Prozent. Mit einem Anteil von 26 Prozent bildeten jedoch 2022 mehr KMU in Deutschland ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Informations- und Kommunikationstechnologie weiter als die KMU im EU-Durchschnitt (21 Prozent). Insgesamt bleibt das IKT-Fortbildungengagement der KMU jedoch weiterhin hinter dem der Großunternehmen zurück.

10. KI in Unternehmen

Künstliche Intelligenz (KI) setzen derzeit 13,3 Prozent der Unternehmen in Deutschland ein, 9,2 Prozent planen, sie zu nutzen. Weitere 36,7 Prozent aller befragten Firmen diskutieren über mögliche Anwendungsszenarien. Für rund 40 Prozent ist KI gegenwärtig kein Thema. Das geht aus einer Mitteilung des ifo Instituts hervor, die vergangene Woche [vorgestellt](#) wurde. In der Industrie ist KI besonders weit verbreitet. Jedes dritte Industrieunternehmen nutzt diese bereits oder plant ihren Einsatz. Bei den Dienstleistern und im Handel liegt der Wert bei rund 20 Prozent, im Baugewerbe bei 15 Prozent. Korrespondierende Ergebnisse einer [Umfrage](#) des BFB von Ende Juli 2023 zeigen, dass die Freien Berufe verglichen mit der gesamten Wirtschaft über dem Durchschnitt von 13,3 Prozent liegen. Von den befragten Freiberuflerinnen und Freiberuflern setzt jede, jeder Fünfte (19,6 Prozent) KI-Anwendungen im eigenen Arbeitsumfeld ein, 4,5 Prozent planen dies für dieses Jahr. Der Rest (75,9 Prozent) setzt bislang keine KI ein.

11. Umfrage zu Desinformationen im Internet

Die Menschen in der Europäischen Union (EU) erwarten größere Anstrengungen im Kampf gegen die vorsätzliche Verbreitung unwahrer und gefälschter Inhalte im Internet. 85 Prozent der EU-Bürgerinnen und -Bürger sind der Meinung, dass die Politik mehr gegen die Verbreitung von Desinformationen unternehmen sollte. Von den Betreiberfirmen sozialer Plattformen fordern sogar 89 Prozent einen größeren Einsatz. Der Wunsch nach einem stärkeren Eingreifen geht einher mit einem deutlich erkennbaren Problembewusstsein. Das zeigt eine Studie aus dem Projekt „Upgrade Democracy“ der Bertelsmann Stiftung, die am 10. August 2023 [veröffentlicht](#)

wurde. Demnach ist mehr als jede, jeder zweite Befragte häufig oder sehr häufig unsicher, ob Informationen aus dem Internet wahr sind (54 Prozent). Desinformationen bewusst wahrgenommen zu haben, geben 39 Prozent an. Ein weiterer Befund: Je jünger und gebildeter die Befragten sind, desto aktiver setzen sie sich mit dem Wahrheitsgehalt von Informationen auseinander und gehen gegen Desinformationen vor.

12. Befristete Neueinstellungen

Diese stehen im Zentrum eines [Berichts](#) des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) vom 7. August 2023. Untersucht wurde dieses Thema auf Basis der in der IAB-Stellenerhebung erfassten sozialversicherungspflichtigen Neueinstellungen für den Zeitraum zwischen 2018 und 2021. Bei Neueinstellungen, die zur Deckung eines zeitlich begrenzten Bedarfs vorgenommen wurden, lag der Befristungsanteil im Beobachtungszeitraum mehr als doppelt so hoch wie bei Neueinstellungen zur Deckung eines langfristigen Bedarfs. Insgesamt wird jedoch nur etwa ein Fünftel aller befristeten Neueinstellungen aufgrund eines vorübergehenden Bedarfs vorgenommen. Dass die große Mehrheit der befristeten Neueinstellungen zur Deckung eines langfristigen Bedarfs erfolgt, deutet laut IAB darauf hin, dass befristete Neueinstellungen auch die Funktion einer „verlängerten Probezeit“ erfüllen. Eine weitere Feststellung: Betriebe wenden bei befristeten Neueinstellungen tatsächlich weniger finanzielle Mittel für die Personalsuche auf und besetzen diese deutlich schneller. Zudem wird bei befristeten Neueinstellungen seltener eine langjährige Berufserfahrung gefordert.

13. Trotz Rechtsanspruch fehlen hunderttausende U3-Betreuungsplätze

Laut einer [Pressemitteilung](#) des Instituts der Deutschen Wirtschaft Köln (IW), die vergangene Woche erschien, fehlten 2022 knapp 266.000 Plätze für unter Dreijährige (U3). 2014 waren es rund 187.000 Plätze. Mithin ist die Betreuungslücke gewachsen. Die Betreuungslücke für 2023 werde wahrscheinlich höher ausfallen: Seit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine sind über eine Million Ukrainerinnen und Ukrainer nach Deutschland geflohen, darunter viele Kinder. Das führt laut IW nicht nur zu einem wachsenden Bedarf an Kitaplätzen, sondern auch an qualifiziertem Personal, das auch sprachlich auf die Kinder und Eltern eingehen kann. Neben dem Ausbau der Betreuungsplätze ist der Fachkräftemangel die größte Herausforderung. Das IW führt zudem aus, dass aktuelle Zahlen des Kompetenzzentrums Fachkräftesicherung zeigen, dass Ende Juni 2023 bundesweit über 21.000 ausgeschriebene Erzieherstellen nicht besetzt werden konnten. Gehen die Babyboomer demnächst in Rente, dürfte sich der Engpass weiter verschärfen. Seit 2013 haben Kinder ab dem ersten Lebensjahr einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz.

Die nächste Ausgabe des BFB-Freiberufler-Tickers erscheint am 25. August 2023.